

## **Petition an Minister Meyer übergeben**

- **Keine weitere Planung einer Ortsumgehung;**
- **stattdessen Lärmreduzierung intensiv prüfen und angehen**

Am 25. April 2024 übergab Johanna Möller die Petition "Keine weitere Schnellstraße durchs Heilbad Waren: Verteidigt den Willen der Bürger!" mit über 1.350 Unterschriften an Wirtschaftsminister Reinhard Meyer in Schwerin.

Die Petition war von ihr und weiteren Bürgern der Stadt Waren (Müritz) im November 2023 gestartet und erreichte binnen kurzer Zeit großen Zuspruch. Ein Exemplar hatte sie bereits am 11. März 2024 Stadtpräsidenten Prehn zu Beginn der Stadtvertreterversammlung überreicht. Nun wurde das zweite Exemplar dem für Verkehr zuständigen Minister offiziell übergeben.

Minister Meyer hatte nachdem er von der Petition erfahren hatte, ausdrücklich um einen persönlichen Termin gebeten; ihm war das Gespräch auch mit den jüngeren Vertretern der Initiative wie Johanna Möller und Jan Hendrik Ullmann sehr wichtig. Er hatte sich im Vorfeld umfassend durch seine Behörde informieren lassen und nahm sich viel Zeit, um dieses Thema in Ruhe mit allen Anwesenden zu besprechen: neben dem zuständigen Referatsleiter Müller waren mit Carsten Schütze, Petra Möller und Evelin Kartheuser auch einige Vertreter der Vereinigten Bürgerinitiativen anwesend.

Anlass zur Petition hatte die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Waren und dem Straßenbauamt Neustrelitz gegeben. Sie ist uneindeutig formuliert und lässt daher Raum für weitere Untersuchungen und Planungen verschiedener, damals bereits untersuchter Nordvarianten einer Ortsumgehung. Und dies, obwohl das Bürgervotum von 2013 sich mit einer klaren Mehrheit gegen eine Ortsumgehung ausgesprochen hat. Auch deswegen war die Petition gestartet worden: der erklärte Wille der Bürger müsse auch vom zuständigen Straßenbauamt beachtet werden.

### **Keine Planung einer Ortsumgehung**

Hierfür fand Minister Meyer klare Worte: "Es macht keinen Sinn eine Ortsumgehung anzugehen gegen den Bürgerwillen oder den Mehrheitswillen einer Gemeinde. Was für mich immer klar war: Mit dem Bürgervotum 2013 gab es keine Anmeldung für den Bundesverkehrswegeplan mehr; das war damals auch von Minister Schlotmann versprochen worden und daran ändert sich nichts."

Sowohl dessen Nachfolger, der heutige Innenminister Pegel, als auch er selbst halte sich an diese Aussage. Deswegen gäbe es keine Veranlassungen für weitere Planungen. Aktuell werde also nicht an den potentiellen Nordtrassen (Brücke über den Tiefwareensee und Brücken durch das NSG Falkenhäger Bruch) für den nächsten Bundesverkehrswegeplan geplant.

Minister Meyer: „Es ist bedauerlich, dass es durch die Kooperationsvereinbarung zu Irritationen gekommen ist; dies habe ich bereits mit dem Straßenbauamt Neustrelitz ausgewertet. Bei der Kooperationsvereinbarung ist für mich klar, dass man sich weiterhin um

die Lärmprobleme kümmern muss. Das hat Priorität und dabei will das Ministerium gerne helfen."

Der Minister weiter: "Für mich ist eigentlich mit dem Bürgervotum klar: es wird in absehbarer Zeit keine Ortsumgehung Waren geben. Nur wenn sich das Meinungsbild innerhalb der Stadt Waren (Müritz) ändert, wird man sich auch wieder darüber unterhalten können. Dabei muss man wissen, dass eine Ortsumgehung in Waren (Müritz) nach allen Regeln der Kunst sowieso nur äußerst schwierig zu realisieren sein wird."

### **Lärmschutz intensivieren**

Johanna Möller und die Vertreter der Bürgerinitiativen nutzen das Gespräch, um das Thema Lärmreduzierung mit dem Minister zu erörtern: Insbesondere die Frage, welche weiteren Möglichkeiten geprüft werden können und ob die Prüfungen nicht intensiviert werden können.

Minister Meyer: "Legitim ist es, darüber nachzudenken: Wie kann man Lärmschutz organisieren? Hier sollte gemeinsam mit der Gemeinde überlegt werden, wie man eine Lärmreduzierung vorantreiben kann. Über Lärmschutz reden wir selbstverständlich, denn ich glaube da gäbe es noch mehr Potential für die Menschen vor Ort."

Die Vertreter der Bürgerinitiative befürworten unter anderem Lärmschutz durch den bereits verbauten Flüsterasphalt, Lärmschutzwände und endlich durch die Realisierung einer „Grüne Welle“ unter Einbindung der Bedarfsampeln. Es sei belastend für die Anwohner, dass der Verkehr bei der Stadtdurchfahrt an bis zu 13 Ampeln abbremsen und wieder anfahren müsse.

Minister Meyer zeigte sich demgegenüber sehr aufgeschlossen: „Natürlich gäbe es auch Möglichkeiten, über verkehrsregelnde Maßnahmen nachzudenken, um Lärmschutz zu befördern. Wir können das Thema Grüne Welle auch gerne noch einmal prüfen."

### **Fazit der Teilnehmer:**

**Johanna Möller:** „Mich freut, dass der Minister sich wirklich Zeit für so einen intensiven Gedankenaustausch genommen hat und voll im Thema stand. Er vermittelt wirklich den Eindruck, Lärmschutz für die Anwohner zu forcieren. Ganz klar hat er verdeutlicht, dass ihm das Demokratieverständnis sehr wichtig ist und er den Bürgerwillen respektiert; und dies gelte auch für ihm nachgeordnete Ämter.“

**Evelyn Kartheuser:** „Ein guter Gedankenaustausch und mit Minister Meyer ein aufmerksamer Zuhörer. Sehr gut ist, dass nun auch andere Lärmschutzmaßnahmen intensiver geprüft werden. Sich nur auf eine große Maßnahme zu verlassen bringt nichts; besser ist ein Konzept vieler kleiner Schritte. Und das muss jetzt endlich angegangen werden. Dies hat Minister Meyer ganz klar aufgegriffen. Schon deshalb war es ein sehr konstruktiver Termin.“

**Carsten Schütze:** „Ein klares und eindeutiges Wort des Ministers: keine weitere Planung der alten Varianten zur Ortsumgehung. Damit sind die aufgekommenen Unsicherheiten aufgrund der missverständlichen Formulierung in der Kooperationsvereinbarung endlich vom Tisch.“